

Einbürgerung prüfen!

Von Barbara Gysel

Aufgrund einer Totalrevision des Schweizer Bürgerrechts werden Einbürgerungsbedingungen in Zukunft noch härter.

SP In Zug leben knapp 124'000 Personen aus vielen Staaten gut zusammen, und als primärer Grund für unser Wachstum gilt die internationale Zuwanderung. Insgesamt machen AusländerInnen bei uns 27.5% aus. Ist der Anteil vielleicht auch deshalb so auffällig hoch, weil's so schwierig ist, SchweizerIn zu werden? 2016 wurde im Kanton Zug 383 Personen das Kantonsbürgerrecht erteilt, das sind 0.3% der Wohnbevölkerung. Einbürgerungen gibt's gerade mal im Promillebereich.

In Zukunft werden die Bedingungen noch härter. Das Schweizer Bürgerrecht wurde einer Totalrevision unterzogen. Die wohl einschneidendste (von mehreren!) Verschärfung betrifft den Anwesenheitsstatus. Ab 1. Januar 2018 ist die Niederlassungsbewilligung C zwingende Voraussetzung. Ein B- oder F-Ausweis reichen dann nicht mehr, auch wenn die Wohnsitzfrist erfüllt wurde.

Ändert eine zentrale Bedingung in geltendem Recht, mangelt es oft nicht an Elan und Ressourcen zur Bekanntmachung. Daher wundere ich mich in diesem Fall über die Zuger (Nicht-)Informationspolitik. Es ginge auch anders, wie zahlreiche Gemeinden und Kantone zeigen. In Zürich erhielten 40'000 Betroffene ein persönliches, von der Stadtpräsidentin unterzeichnetes Schreiben. In Genf wurde bereits vor ein-



Barbara Gysel, Kantonsrätin, Präsidentin SP, Kanton Zug. z.Vg.

einhalb Jahren orientiert. Der dafür verantwortliche und aktuell im Scheinwerferlicht stehende Staatsrat Maudet (FDP) wird in einer nationalen Tageszeitung pointiert zitiert: Er verstehe nicht, warum man gegen Einbürgerungen sein könne. «Wer sich einbürgern lassen will, muss sich bemühen, eine Sprache lernen und sich integrieren.» Es sei politisch eine «grundlegende Dummheit», gegen Einbürgerungen zu sein.

Allermindestens haben es aber alle Betroffenen verdient, über die bevorstehenden Änderungen im Bilde zu sein. Lassen Sie sich als AusländerIn bei Ihrer Gemeinde beraten, insbesondere, wenn Sie ein «B» oder ein «F» haben. Auch als SchweizerIn: Regen Sie im Bekanntenkreis doch das Prüfen der Einbürgerung an oder bieten Sie sich als Referenzperson an. Denn: Wer vor dem 1. Januar 2018 ein Einbürgerungsgesuch einreicht, wird nach altem Gesetz eingebürgert. Viel Zeit bleibt nicht!

Parkplätze in der Zuger Altstadt erhalten

Da ich nicht direkt in der Stadt Zug wohne, fahre ich oft mit dem Auto nach Zug um einzukaufen. Oft habe ich an mehreren Orten Kommissionen, die ich machen muss.

Deshalb schätze ich es sehr, wenn ich unkompliziert auf einem zentralgelegenen oberirdischen Parkplatz parkieren kann. Oft sind es auch nur ganz kurze Einkäufe und da ist es für mich sehr aufwändig, in ein Parkhaus zu fahren und lange nach Parkplätzen zu suchen.

Zudem finde ich es in den Parkhäusern oft zu eng, und das Parkieren ist sehr mühsam. Die Parkplätze müssen unbedingt erhalten bleiben.

Alexandra Blum, Zug

Es wird immer schwieriger, einen Kurzparkplatz zu finden

Ich kaufe regelmässig in der Zuger Altstadt ein. Dies meist nach der Arbeit, und daher schätze ich die Parkiermöglichkeiten in unmittelbarer Nähe der Geschäfte sehr. Es wird immer schwieriger, einen Kurzparkplatz zu finden. Für kleine Einkäufe bin ich nicht bereit ins Parkhaus zu gehen. Zudem finde ich es fair gegenüber dem Gewerbe in der Zuger Altstadt, dass Sie ihren Kunden einen nahen Parkplatz anbieten können.

Nadya Alessandri, Zug

Mehr Gestaltungswille!

Von Daniel Stadlin

Ich schätze meinen Kanton - Ganz besonders mag ich meine Geburts- und Heimatstadt Zug. Ich wüsste keinen Ort, wo ich eher leben möchte.

GLP Zwar wäre ich lieber in einer grösseren Stadt zur Welt gekommen. In meiner Jugend litt ich darunter, dass Zug keine richtige Stadt und etwas zurückgeblieben war, keine repräsentativen Stadthäuser, keine Einkaufs- und Flanierstrassen, keine Trolleybusse, keine grossen Kaufhäuser mit Rolltreppen, nur zwei Kinos und öde öffentliche Räume ohne Leben hatte. Zug war zu tiefst provinziell und gesamtschweizerisch bedeutungslos - ausserhalb der Kantonsgrenze fand Zug nicht statt.

Das ist heute anders. Mit 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner zwar immer noch klein, ist Zug inzwischen international wie sonst nur noch Genf. Und die Agglomeration ist mit einer Bevölkerung von 129'000 die zehntgrösste der Schweiz. Trotz fortschreitender Urbanisierung und internationaler Ausrichtung ist Zug aber nicht so, wie ich mir das wünschte. Zumindest wenn es um Stadtentwicklung und Stadtgestaltung geht.

Zug wirkt immer noch wie während meiner Jugendzeit zufällig gebaut, ohne erkennbare konzeptionelle und ordnende Struktur. Insbesondere das Zentrum nimmt seine Identität stiftende Funktion nur ungenügend wahr. Zudem finden Alt und Neu nicht zueinander - am See



Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Stadt Zug. z.Vg.

filigran und qualitativ, nicht am See abweisend und gesichtslos. Zwei Stadtteile, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Nichts verbindet sie, ausser ihrer konsequenten Ausrichtung auf den motorisierten Verkehr. Die Aussenräume sind, ausser innere Altstadt, Seepromenade und Landgemeindeplatz, vom fließenden und ruhenden Verkehr dominierte Flächen ohne atmosphärische Qualitäten. Nicht gerade das, was eine Stadt attraktiv macht.

Strassen und Plätze sind die Wohnräume einer Stadt. In geschickter Verbindung von Funktion und Ästhetik bieten sie für die Bevölkerung eine hohe Aufenthaltsqualität. Deshalb erhoffe ich mir von unseren Stadtverantwortlichen mehr schöpferischer Gestaltungswille - denn Zug könnte sehr viel mehr sein, als nur eine Autostadt.

Matthias Michel tritt ab

Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel wird 2018 nicht mehr zur Regierungsratswahl antreten. Seine Partei, die FDP, respektiert diesen persönlichen Entscheid, bedauert aber einen derart ausgewiesenen, im Volk beliebten und über die Parteigrenzen hinweg anerkannten Magistraten zu verlieren.

Zug Die Wahlen 2018 rücken immer mehr in den Fokus. FDP-Regierungsrat Matthias Michel (54), seit 2003 Regierungsrat bzw. seit 2007 Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, hat sich entschieden, im nächsten Jahr nicht mehr für eine fünfte Amtszeit als Regierungsrat zu kandidieren und die Parteileitung darüber informiert.

Michel macht den Weg frei

Indem Matthias Michel in seiner persönlichen Berufs- und Lebensplanung bereits jetzt auf eine Wiederwahl verzichtet, macht er frühzeitig den Weg frei für neue Regierungsrats-Kandidatinnen und -Kandidaten in der FDP. Mit Blick auf die kommenden Wahlen ist die Parteileitung im Gespräch mit diversen Mitgliedern, um bis Anfang 2018 für die Regierungsratswahlen Klarheit zu schaffen. Bis dahin will sich auch Baudirektor Urs Hürlimann (62), der zweite FDP-Regierungsrat, festlegen, ob er sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellen will.

Bedauern und Verständnis zum Entscheid von Matthias Michel

Die Parteileitung der FDP des Kantons Zug bedauert, dass mit Matthias Michel ein im Zuger Volk sehr



Prägte über 20 Jahre die Politik im Kanton Zug: (Noch)Regierungsrat Matthias Michel von der FDP. z.Vg.

beliebter und weit über die Kantonsgrenzen hinaus geschätzter Exekutivpolitiker über die laufende Amtsdauer hinaus nicht als Regierungsrat zur Verfügung stehen wird. Sie respektiert diesen persönlichen Entscheid jedoch und wünscht ihm für die verbleibende Zeit im Regierungsrat weiterhin die Energie und Schaffenskraft, die ihn bisher in seiner beeindruckenden politischen Laufbahn ausgezeichnet hat. Eine Würdigung und Verdankung seiner Arbeit erfolgt nach Abschluss seiner Regierungsratsstätigkeit.

Dankeschön

Matthias Michel dankt den Jungfreisinnigen, der städtischen FDP sowie der Kantonalpartei, dass sie ihm damals als politisch interessierten Jungen einen guten Start ermöglichten und ihm durch die jeweiligen Nominierungen das Vertrauen und den nötigen Schub für die Wahlen gaben. PD/FF

Nein zur Scheinreform!

Am 24. September 2017 dürfen wir darüber abstimmen, wie es mit unserer Altersvorsorge weiter gehen soll. Mitte links sieht ganz klar die vom Bundesrat und Parlament ausgearbeitete Reform als die richtige Lösung. Man müsse ja was machen, zu lange sei es her, seit der letzten Reform, hört man aus dem Munde vieler Leute. Für mich ist das ein schlechtes Argument. Bei einem Ja zur Reform am 24. September, schieben wir die Probleme lediglich hinaus, anstatt sie zu lösen.

Verlierer sind ganz klar die aktuell Pensionierten, die von der Reform ausgeschlossen werden, und die junge Generation, welche zur Kasse gebeten wird. 0.3 % mehr Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.6% sollen die Altersvorsorge noch einige Jahre über Wasser halten. Zugleich will man die Altersvorsorge, anstatt sie zu sichern, ausbauen. Mit der Giesskanne will man allen Erwerbstätigen, die ab 2020 in die Pension gehen, CHF 70 mehr monatlich auszahlen. Bei den aktuell Pensionierten bleibt es wie gehabt. Man stelle sich vor, eine Aktiengesellschaft, die rote Zahlen schreibt, zahlt ihren Aktionären eine Dividende aus. Wo ist hier die Logik?

Für mich steht fest, um den Weg für eine nachhaltige Lösung nicht zu versperren, stimme ich am 24. September 2017 NEIN zu dieser Scheinreform.

Jessy Candinas, Zug

Neuer Kirchenratspräsident vorgeschlagen

Die CVP Baar durfte an der Generalversammlung zwei verdiente Vorstandsmitglieder verabschieden und eine neue Finanzchefin begrüßen. Zu reden gaben aber insbesondere mehrere anstehende Wahlen.

CVP In der Gemeinde Baar steht die Neubesetzung des Kirchenrats an. Als Nachfolger für Martin Hotz wird aus der CVP Thomas Inglin vorgeschlagen. Das langjährige Mitglied der CVP Baar ist Mitglied der Familien- und der Kulturkommission, singt im Kirchenchor, ist Aktuar des Vereins Heimatbuch Baar und steht für die Theatergesellschaft Baar auf der Bühne. Der vielseitig engagierte Historiker ist damit bestens geeignet für das Amt als Kirchenratspräsident. Die über 50 anwesenden Parteimitglieder an der CVP-Generalversammlung taten mit ihrem Applaus ihre Unterstützung für Thomas Inglin kund.

Corinna Müller und Roman Müller traten zurück

Das Wahljahr wird die CVP mit einem auf einer Position veränderten Vorstand in Angriff nehmen. Die langjährige Finanzchefin Corinna Müller und Roman Müller, verantwortlich für die Veranstaltungen, haben ihren Rücktritt eingereicht. Als Nachfolgerin von Corinna Müller konnte Mirjam Arnold gewonnen werden. Die Rechtsanwältin stammt aus dem Kanton Zürich und war viele Jahre für die JCVP Zürich und die nationale JCVP als Vorstandsmitglied aktiv. Nun ist sie seit



Thomas Inglin (CVP) wurde als neuer Kirchenratspräsident vorgeschlagen. z.Vg.

gut einem Jahr in Baar wohnhaft und will sich hier politisch engagieren. Für Roman Müller konnte kein Nachfolger gefunden werden. Mit Sepp Grob ist aber ein zweites Vorstandsmitglied für Veranstaltungen zuständig. Er wird das Ressort vorläufig alleine bewältigen. Eine Verstärkung wird aber weiterhin gesucht.

Wunsch nach weniger Bürokratie

Vor der offiziellen Versammlung stellte der Geschäftsführer der zuwebe Antonio Gallego «seinen» Betrieb vor und nutzte die Gelegenheit, sein grösstes Anliegen bei den Vertretern aus der gemeindlichen und der kantonalen Politik zu platzieren. Gallego wünscht sich weniger Bürokratie - ein Wunsch, der bei den CVP-Politikern auf offene Ohren stiess. Abgeschlossen wurde der Abend mit einem Apéro richte. PD/FF